

# Maro darf die Mauer bauen

VON DOMINIK STALLEIN



Hat den Segen des Stadtrats: Die Maro-Genossenschaft kann an der Sauerlacher Straße ein Mehrgenerationenhaus bauen – inklusive 3,50 Meter hoher Mauer. Grafik: Nagler/Archiv

Der Stadtrat hat den Plänen für ein Mehrgenerationenhaus an der Sauerlacher Straße 15 zugestimmt – samt der umstrittenen Mauer. Vor der Entscheidung entbrannte in der Weihnachtssitzung des Gremiums eine kontroverse Diskussion.

Wolfratshausen – Das Projekt selbst – die Maro-Genossenschaft aus Ohlstadt plant auf dem Areal ein Mehrgenerationenwohnhaus mit 22 Wohneinheiten – ist im Stadtrat weitestgehend unumstritten. Dass aber auf dem Grundstück, das die Genossenschaft in Erbpacht von der Kommune übernommen hat, eine Mauer in Höhe von 3,50 Meter an der Kreuzung Sauerlacher Straße/Am Floßkanal entstehen soll, polarisiert. Die CSU-Fraktion hatte die Entscheidung, die bereits im November im Bauausschuss getroffen wurde, per Antrag auf die Tagesordnung des Stadtrats gehoben. Vor Beginn der Diskussion am Dienstagabend übergab Fraktionssprecher Günther Eibl Unterschriftenlisten an Rathauschef Klaus Heilinglechner (BWW). 530 Namen fanden sich darauf, „die für das Projekt, aber gegen die Mauer sind“, betonte Eibl. Auch seine Fraktion „steht hinter dem Mehrgenerationenhaus“, lehnte den Lärmschutzwall aber kategorisch ab.

Lauten Protest erntete Renate Tilke (CSU) für ihre Wortmeldung. Der Architekt der Maro, Florian Nagler, hatte die Schallschutzwand wegen ihrer Optik als „Klostermauer“ bezeichnet – eine Bezeichnung, die Tilke missfiel, weil „in ganz Bayern Gerichtsverfahren wegen Missbrauchsfällen hinter diesen Klostermauern laufen“. Im Sitzungssaal regte sich daraufhin Widerspruch. Eine der Reaktionen: „Das ist so daneben.“

Dr. Ulrike Krischke (BWW) verteidigte den Plan der Genossenschaft. „Ein Mehrgenerationenprojekt funktioniert nicht ohne gemeinschaftliche Flächen.“ Damit die Freifläche an der viel befahrenen Kreuzung genutzt werden könne, sei ein Schallschutz zwingend notwendig. Derzeit könne man sich auf der Grünfläche „nicht einmal unterhalten, weil der Straßenlärm so laut ist“.

Dieses Argument ließ Dr. Manfred Fleischer (CSU) nicht gelten. Der Stadtrat habe sich „justament entschieden, dieses Grundstück zu wählen“ – trotz der Verkehrssituation. „Vielleicht ist es aber einfach der falsche Platz für ein solches Projekt. Das ist doch das Problem“, sagte er. Fleischer ahnte, dass die Abstimmung pro Bauantrag ausfallen wird und fügte an: „Diese Mauer wird gebaut. Und sie wird nicht schön, sie wird hässlich, und sie wird ortsbildprägend.“ Sarkastisch schob er nach: „Die Stadt wird um eine Attraktion reicher. Ich glaube, dass Menschen von weit her kommen werden, um sich diese Mauer mit den wunderschönen Sitznischen anzusehen.“

Besagte Nischen gehören zur Gestaltung, die von der Genossenschaft vorgesehen ist, genau wie eine Begrünung des Ziegelbauwerks. „Eine sehr gelungene Variante“, urteilte Krischke. Zum Projekt gehört die Sanierung des alten Krankenhauses auf dem Grundstück. Für Rathauschef Heilinglechner ein gewichtiges Argument, den Plänen zuzustimmen. „Seit 40 Jahren steht das Gebäude unberührt da. Wir haben jetzt einen hervorragenden Vorschlag, unsere Ruine in den Griff zu kriegen.“

Richard Kugler (parteilos für die CSU) reichte diese Erklärung nicht: „Der Bauträger macht, was er will – mit dem Argument, dass er es sonst nicht macht.“ Die Genossenschaft beantrage „enorme Abweichungen vom Bebauungsplan“, denen er nicht zustimme. Kugler befürchtete einen Domino-Effekt: „Wenn wir der Mauer zustimmen, können wir nicht verhindern, dass andere Grundstücksbesitzer das auch wollen.“ Der Stadtrat schaffe einen Präzedenzfall, auf den sich künftige Bauherren berufen würden. Dr. Hans Schmidt (Grüne) versuchte, „der CSU diesen Zahn zu ziehen“. Nach Auskunft einer Beratungsfirma liege ein Präzedenzfall nur dann vor, „wenn ein Projekt städtebaulich gleich oder ähnlich ist“. Bauamtschefin Susanne Leonhard pflichtete Schmidt bei: „Gleiche Projekte müssen gleich behandelt werden, ungleiche ungleich.“

Gegen die Stimmen der CSU-Fraktion und der von Helmut Forster (BWW) votierte der Rat für den Mauerbau. Das Gesamtprojekt der Maro wurde anschließend mit 22:2 Stimmen befürwortet.